

**Antrag vom 06.05.2026**

Eingang bei: L/OB

Datum: 06.05.2026

**Antrag**

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

CDU

Betreff

Zunahme von Gewalt an Schulen: Stuttgart muss reagieren

**Wir beantragen die zeitnahe Beantwortung folgender Fragen im Jugendhilfeausschuss:**

1.) Wie hat sich die Zahl der Straftaten mit Tatörtlichkeit „Schule“ in Stuttgart in den vergangenen fünf Jahren entwickelt – differenziert nach Deliktarten (insbesondere Gewaltkriminalität) und Altersstruktur der Tatverdächtigen?

2.) An welchen Schularten und konkreten Schulstandorten häufen sich entsprechende Vorfälle? Wie häufig kam es zu polizeilichen Einsätzen an Schulen, welche schulrechtlichen Ordnungsmaßnahmen – insbesondere zeitweise oder dauerhafte Ausschlüsse – wurden verhängt, und wie bewerten Polizei und Schulverwaltung die aktuelle Lage?

3.) Welche Erfahrungen und Einschätzungen liegen freien Trägern – insbesondere aus den Bereichen Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und Prävention – zur Entwicklung von Gewalt- und Konfliktlagen im schulischen Umfeld vor?

4.) Welche Erkenntnisse liegen der Stadtverwaltung zur Entwicklung sexualisierter Gewalt unter Kindern und Jugendlichen im schulischen Kontext vor – insbesondere zu Häufigkeit, Erscheinungsformen (inkl. digitaler Übergriffe), Altersstruktur der Beteiligten sowie zum Anzeigeverhalten und möglichen Dunkelfeld?

5.) Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit freien Trägern der zunehmenden Gewalt im schulischen Umfeld künftig entgegenwirken?

**Begründung:**

Die Zahl der Gewalttaten an Schulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen – auch in Baden-Württemberg, wo zwischen 2022 und 2024 ein Anstieg von über 13 Prozent zu verzeichnen ist. Gleichzeitig nimmt die Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen weiter zu: Laut PKS 2024 ist die Zahl tatverdächtiger Kinder unter 14 Jahren um 11,3 Prozent gestiegen, bei Jugendlichen um 3,8 Prozent. Auch die aktuelle PKS 2025 zeigt einen weiteren Anstieg bei den tatverdächtigen Kindern um 3,3 Prozent. Diese Zahlen belegen: Gewalt ist unter Kindern und Jugendlichen ein ernstes Problem – und sie macht vor dem Schulhof nicht halt.

Doch es sind nicht nur Schüler betroffen. Lehrer sind zunehmend Bedrohungen, Beleidigungen und respektlosem Verhalten bis hin zu körperlichen Übergriffen – auch durch Eltern ausgesetzt. Viele Pädagogen fühlen sich im Schulalltag stärker

unter Druck als noch vor wenigen Jahren. Wenn diejenigen, die Bildung und Werte vermitteln sollen, selbst Ziel von Aggression werden, ist das ein Alarmsignal. Schule kann nur funktionieren, wenn Autorität respektiert und Regeln akzeptiert werden.

Auch Schulsozialarbeit und Beratungsstellen verzeichnen steigende Fallzahlen bei Mobbing, Konflikten und psychischer Gewalt. Zugleich bildet die PKS nur das Hellfeld ab: Vorfälle werden nicht angezeigt, Opfer schweigen aus Angst. Das tatsächliche Ausmaß dürfte größer sein.

Ein besonders sensibler Bereich ist die (sexuelle) Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. Übergriffe finden innerhalb der eigenen Altersgruppe statt und reichen von verbalen Belästigungen über digitale Übergriffe bis hin zu körperlicher Gewalt. Ein erheblicher Teil der Schulen ist bereits damit konfrontiert.

Insgesamt gilt: Wir halten konsequentes Hinschauen und Handeln für unerlässlich.

(gez.)

Isabelle Weichselgartner

Dr. Klaus Nopper

Anita von Brühl

Dr. Markus Reiners

Beate Bulle-Schmid - Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Bianka Durst

**Anlage/n**

Keine